



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Maßgebliches und Unmaßgebliches

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Maßgebliches und Unmaßgebliches

Reichs Spiegel. Die Ernennung des Staatssekretärs des Auswärtigen Dr. Freiherrn von Richtigofen zum preussischen Staatsminister nach der Annahme der Handelsverträge hat zu bemerkenswerten Auseinandersetzungen in der Presse geführt; bemerkenswert hauptsächlich deshalb, weil sich darin die Wandlungen deutlich spiegeln, die der öffentliche Geist in Deutschland in bezug auf das Verhältnis zwischen Preußen und dem Reich in den letzten dreißig Jahren durchlaufen hat. Zum erstenmal wurden Staatssekretäre des Reichs zu preussischen Ministern und zu Mitgliedern des Staatsministeriums im Frühjahr 1876 ernannt. Delbrück war damals zurückgetreten, der hessische Minister Hofmann zu seinem Nachfolger ernannt worden. Bevor Bismarck damals einen längern Urlaub antrat, erfolgte am 7. Juni die Ernennung des Präsidenten des Reichskanzleramts Hofmann und des Staatssekretärs des Auswärtigen von Bülow (des Vaters des jetzigen Reichskanzlers) zu preussischen Staatsministern und Mitgliedern des preussischen Staatsministeriums, obwohl beide nicht Preußen waren. Präsident Delbrück war während seiner Amtsführung ebenfalls preussischer Staatsminister gewesen, mit dem Rang und dem Titel eines solchen, aber nicht Mitglied des Staatsministeriums. Seine Ernennung erfolgte im Frühjahr 1868 mit dem Mandat, im Auftrage des Reichskanzlers und in dessen Vertretung den Sitzungen des preussischen Staatsministeriums beizuwohnen, in denen wichtigere Reichsangelegenheiten zur Erörterung standen, und hierbei den Anschauungen des Reichskanzlers amtlich und mit voller Autorität Ausdruck zu geben. Bei dem großen persönlichen Einfluß Delbrücks hatte diese Form genügt. Um seinem mit den Verhältnissen in Preußen weniger vertrauten und den leitenden Persönlichkeiten weniger nahestehenden Nachfolger annähernd dieselbe Autorität im preussischen Staatsministerium zu geben, mußte der Einrichtung, die sich, bisher auf der Persönlichkeit Delbrücks beruhend, vorzüglich bewährt hatte, ein amtlicher und organischer Charakter verliehen werden. Es war nahelegend, bei dieser Gelegenheit nicht nur dem Vertreter des Reichskanzlers in den innern Reichsangelegenheiten Sitz und Stimme im preussischen Staatsministerium zu geben, sondern ebenso dem Vertreter des Reichskanzlers in den auswärtigen Angelegenheiten, zumal da hierbei nicht nur die auswärtigen Angelegenheiten des Reiches, sondern auch die Angelegenheiten Preußens in Deutschland, d. h. die Beziehungen zu den deutschen Höfen und Regierungen, in Betracht kamen. Auch war Herr von Bülow in weit höherm Grade der eigentliche Vertrauensmann Bismarcks. Der Umstand, daß Nichtpreußen in die oberste Leitung der preussischen Staatsgeschäfte berufen wurden, galt damals allen patriotischen Kreisen als ein dem deutschen Verufe Preußens entsprechender Fortschritt. Der Akt der Ernennung erfuhr eine authentische Interpretation in der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung vom 7. Juni, worin ausgeführt wurde, „es sei damit die Bestätigung des Gedankens und die Bürgschaft für seine Ausführung gegeben, daß die Politik und die Interessen Preußens sich niemals im Widerspruch mit denen Deutschlands befinden und nicht auf verschiedenen Wegen verfolgt werden können.“ Weiter hieß es wörtlich: „Die weitere Folge der jetzigen Anordnung ist, daß dem preussischen Staatsministerium durch die Aufnahme der beiden hohen Reichsbeamten, welche erst durch die Übertragung des preussischen Staatsamts in den preussischen Staatsverband getreten sind, aber wiederum nur aus Rücksicht für ihre Reichsämtler, eine gegen das Reich hin aufgeschlossene Stellung gegeben wird, wie sie den Ministerien der übrigen Partikularstaaten nicht eigen, durch den Hegemonieberuf Preußens aber erfordert ist.“ Zum Schlusse dieser Ausführungen wurde dann noch hervorgehoben, daß damit die Anwendung gewisser konstitutioneller Doktrinen auf die preussischen Verhältnisse, wonach das Ministerium der Kammermajorität entsprechen

müsse, für immer ausgeschlossen sei. Die Bildung parlamentarischer Ministerien in Preußen sei damit endgiltig unmöglich, dem bleibenden Staatsinteresse dagegen seine Stellung über dem wechselnden Parteiinteresse dauernd angewiesen.

Soweit die damalige amtliche Auffassung. Es ist nicht ohne Interesse, die gegenteilige der Parteien kennen zu lernen: die „Fortschrittliche Korrespondenz“ sah mit Bedauern die Aussicht zerstört, zu der es in Bälde hätte kommen müssen, „daß bei einem Zwiespalt zwischen der Volksvertretung und der Regierung in Preußen letztere hätte nachgeben müssen, und die Minister Männern Platz machen, welche das Vertrauen der Volksvertretung besaßen.“ Die Reichsbeamten als solche hätten mit der preussischen Volksvertretung nichts zu tun, hierin liege ein außerordentlicher Rückschritt des konstitutionellen Lebens. Tatsächlich scheint also jene Maßnahme ein Schuß ins Schwarze gewesen zu sein und eine der unsterblichen Illusionen der damaligen Fortschrittspartei, mit denen sie sich namentlich an Hoffnungen auf einen Thronwechsel anklammerte, schwer getroffen zu haben. Dem preussischen Abgeordnetenhaus waren die beiden Ernennungen von dem Präsidenten des Staatsministeriums amtlich mitgeteilt worden; ihre Vorlesung in der Sitzung vom 23. Juni führte zu einer sehr lebhaften Debatte, die mit der Verweisung des Schreibens des Ministerpräsidenten an die Justizkommission endete. In dieser vertraten Windthorst, Hänel und Birchow gemeinsam einen ablehnenden Standpunkt.

Windthorst erklärte, der Vorgang treffe den Lebensnerv des konstitutionellen Prinzips und schaffe einen Zustand, der nicht andauern könne; er verhindere die Bildung eines homogenen Ministeriums, widerspreche, wenn nicht dem Buchstaben, so doch dem Geiste der Verfassung und verhindere die Entwicklung des konstitutionellen „Systems.“ Er verlange die Vorlegung eines Ministerverantwortlichkeitsgesetzes. Hänel schloß sich namens der Fortschrittspartei dem an. Es handle sich um eine der wichtigsten Verfassungsfragen, es sei bedenklich, die Bureauvorstände (!) des Reichskanzlers zugleich zu selbständigen preussischen Staatsministern zu machen. Die Blüte der unsinnigen Beurteilung förderte Herr Birchow zutage. „Was Deutschland für Nutzen davon haben soll, daß der Reichskanzler durch zwei Minister ohne Portefeuille — später vielleicht durch zehn — die Majorität im preussischen Ministerium hat, ist mir unerfindlich. Sollte ein reichsfeindliches Ministerium in Preußen am Ruder sein, so müßte der Reichskanzler die Beibehaltung seines Portefeuilles von der Entlassung eines solchen Ministeriums abhängig machen. Anstatt dessen bekommen wir untergeordnete Beamte des Reichskanzleramts zu preussischen Ministern. Es wäre vielleicht im Interesse der Nationalentwicklung wünschenswert, wenn der König von Bayern die beiden Herren in sein Ministerium beriefe (!). Und nun möchte ich doch auch die Frage aufwerfen: sind denn in der Tat gerade die Personen, die man uns in das Ministerium geschickt hat, solche, von denen die deutsche Nation ihre Wiedergeburt und Weiterentwicklung zu erwarten hat? Gatten wir in Preußen kein Material, das sich den Herren Bülow und Hofmann an die Seite stellen ließe? Müssen wir wirklich bei den Beamten des Reichskanzleramts betteln gehn, um uns die Hilfe zu suchen, durch die unser Ministerium auf die richtigen Wege gebracht wird? . . .“ In dieser Tonart ging es gegenüber den Ausführungen des Ministers Camphausen und des Abgeordneten Gneist noch lange weiter, die ganze Rede spiegelt die unglaubliche politische Kurzsichtigkeit wieder, deren Birchow fähig war. Damals war bekanntlich die Fortschrittspartei, heute die freisinnige Partei, mit der preussischen Wahlrichtung, die ihr fünf Jahre lang eine beherrschende Stellung gegeben hatte, sehr zufrieden und wollte von dem Wahlrecht der Bundes- und Reichsverfassung, und damit von dieser selbst, nichts wissen, weil sie sich gegen die fortschrittliche Gewaltherrschaft richtete und diese siegreich durchbrach. Damals waren also Zentrum und Fortschrittspartei und Parteiinteresse ebenso partikularistisch, wie sie heute aus Parteiinteresse unitarisch

sind. Denn die klerikale Kölnische Volkszeitung ist nicht nur mit der Ernennung des Freiherrn von Richthofen, im Gegensatz zu Windthorst, sehr einverstanden, sondern sie verlangt auch noch die Ernennung mindestens des Reichsschatzsekretärs zum preußischen Staatsminister, um damit den ihr viel zu großen Einfluß des preußischen Finanzministers zu brechen, der auf Grund seiner am Rhein gesammelten Erfahrungen nicht zentrumsfreundlich genug ist. So ändern sich die Zeiten! Was damals Windthorst für verfassungswidrig und unkonstitutionell erklärte, bezeichnet jetzt die Kölnische Volkszeitung nicht nur als „durchaus nötig,“ sondern sie verlangt auch die Ernennung des Reichsschatzsekretärs als noch viel wichtiger und notwendiger, ja sie fordert „eine organische Verbindung des Amtes der Reichsschatzsekretäre mit der Mitgliedschaft im preußischen Staatsministerium.“ O seliger Windthorst, wie kurzichtig bist du doch gegenüber deinen Epigonen gewesen! Du konntest freilich von Zeiten nicht einmal träumen, in denen es deiner Partei als möglich erscheinen würde, durch ihre Stellung im Reichstag auf dem Wege über den Reichsdienst das verhasste Preußen und seine Krone unter die Zentrumshegemonie zu beugen, namentlich die Krone, die zwar den katholischen Untertanen die verfassungsmäßige Gleichberechtigung, nicht aber dem Zentrum die Herrschaft im Staate zugestehn will. Das Zentrum, das noch auf lange Zeit hinaus im Reichstag und im Reiche die regierende Partei zu bleiben hofft, will durch seinen Reichseinfluß auch Preußen und vor allem die Abstimmungen des preußischen Staatsministeriums regieren. Wohl ausgehoben, Pater Lamormain!

Etwas ganz anderes ist es, wenn den Chefs der Reichsressorts Gelegenheit gegeben wird, vor Abschluß neuer Vorlagen ihre Gedanken im preußischen Staatsministerium vorzutragen, nur zur Information für dieses. In solchem Sinne haben die Staatssekretäre des Reichsschatzamts und des Reichsjustizamts wiederholt Sitzungen des preußischen Staatsministeriums beigewohnt, in diesem Sinne ist wohl auch der Staatssekretär der Marine zum Mitgliede des preußischen Staatsministeriums ernannt worden. Mit der Ernennung des Staatssekretärs des Auswärtigen ist nur auf die Tradition der bismarckischen Zeit zurückgegriffen worden. Wie einst sein Vater, so ist auch der jetzige Reichskanzler als Staatssekretär des Auswärtigen Mitglied des preußischen Staatsministeriums gewesen, der Staatssekretär des Innern, Graf Posadowsky, bekleidet diese Mitgliedschaft ebenso wie sein Vorgänger Freiherr von Bötticher, der sogar Vizepräsident des preußischen Staatsministeriums war, eine Funktion, die dann bekanntlich auf Miquel überging und seitdem nicht wieder erneuert worden ist. Ein organischer Zusammenhang zwischen Preußen und dem Reiche hat also, ganz abgesehen davon, daß der König von Preußen Deutscher Kaiser, und der Ministerpräsident zugleich Reichskanzler ist, immer bestanden, und wie seinerzeit bei der ersten Ernennung im Jahre 1876, also vor fast dreißig Jahren, so ist es heute noch die Aufgabe der zu preußischen Staatsministern ernannten Chefs der Reichsämtler, im Schoße des preußischen Staatsministeriums die Anschauungen des Reichskanzlers und die Bedürfnisse der Reichspolitik ressortmäßig zu vertreten. In der Erhaltung der Selbständigkeit des preußischen Staatsministeriums und der preußischen Krone hat der Reichskanzler ein viel zu großes Interesse, als daß er je die Hand zu einer organischen Einrichtung bieten sollte, die dazu bestimmt wäre, Preußen unter die jeweilige Reichstagsmajorität zu beugen. Und wenn nun zum Beispiel der Reichsschatzsekretär *sui juris* im preußischen Staatsministerium säße und dort überstimmt würde, in welche Situation geriete er dann? Die Staatssekretäre sind als preußische Staatsminister immer nur im Sinne von Vertretern des Reichskanzlers denkbar, und demgemäß kann auch ihre Zahl immer nur begrenzt sein. Admiral von Tirpitz zum Beispiel kann ja in preußischen Küsten-, Hafen-, Lotsen- und Schifffahrtsfragen gewiß ein nützliches Wort mitsprechen, aber außerhalb dieser Angelegenheiten interessieren ihn von den preußischen Dingen höchstens noch Kohlenfragen, auch hat der Chef eines

großen Reichsressorts tatsächlich gar keine Zeit und auch kaum die Arbeitsfähigkeit, sich auch noch mit den umfangreichen Geschäften des preussischen Staates in verantwortlicher Weise zu belasten.

Viel bedeutender als die Wünsche der Zentrumspreffe, die nur als Symptome Beachtung verdienen, sind die weitschauenden Anregungen, die Graf Posadowsky wegen des sozialpolitischen Unterbaus jüngst im Reichstage gegeben hat. Weit wichtiger — wenn auch vielleicht weniger blendend als die Fortsetzung des babylonischen Turmbaus unsrer sozialpolitischen Gesetzgebung nach oben — ist die Verbreiterung seiner Fundamente. So wie der Reichstag die Sache sich vorstellt, daß der Bundesrat allein diligentiam zu prästieren und dafür zu sorgen habe, daß alljährlich ein halbes oder ein volles Duzend sozialpolitischer Gesetze vom Stapel laufe, gleichviel ob sie Sinn und Verstand haben oder nicht — kann nicht mehr weiter gewirtschaftet werden. Dieser sozialpolitischen Gesetzgebungsfülle fehlt heute schon nicht nur der organische Zusammenhang, sondern auch das Verständnis, ebenso bei der Bevölkerung wie bei den Behörden. Der Gedanke, eigne Organe zu schaffen, die als lokale Träger der gesamten sozialpolitischen Gesetzgebung und namentlich des Reichsversicherungswesens dienen sollen, hat sehr viel für sich und wird auch von solchen freudig begrüßt, die der Ansicht sind, daß wir eher zu viel als zu wenig Behörden und Beamte haben. Denn eine Entlastung der bestehenden politischen Behörden von dem gesamten sozialpolitischen Wust ist dringend nötig.

Die Polizei und die ländlichen Verwaltungen müssen endlich einmal wieder ihren eigentlichen Aufgaben zurückgegeben werden, denen sie seit einem Jahrzehnt und länger entfremdet worden sind. Wichtig wäre es, mit der gesamten sozialpolitischen Entwicklung und ihrer treibhausartigen Steigerung imzugehen, bis der geeignete Unterbau geschaffen worden ist, der denn auch wahrscheinlich sehr bald klar machen würde, wie viele Mißgriffe im blinden reformatorischen Eifer schon gemacht worden sind, und wo die bessernde Hand anzulegen ist. Freilich ist es eine Riesearbeit, die vielleicht ein anderer als der jetzige Staatssekretär des Innern mit seiner gewaltigen Sach- und Fachkenntnis kaum zu leisten versteht. Aber neben der Reichsfinanzreform ist es bei weitem das wichtigste, was Deutschland auf dem innern Gebiete zunächst zu vollbringen hat. Mit diesem Unterbau würde auch erst die Möglichkeit zu einer rationellen Witwen- und Waisenversicherung geschaffen werden, die jetzt als ein Phantom völlig in der Luft schwebt. Schon um für die Ausarbeitung einer so komplizierten Reform die Zeit und die Ruhe und die Arbeitskräfte zu haben, wäre ein Stillstand in dem gesamten Weiterbau so lange geboten, bis die Fundamente geschaffen sein werden. Wird der Reichstag so viel Einsicht haben?

8

Adam Smith. Als 49. Band der bei Ernst Hofmann & Co. in Berlin erscheinenden Sammlung „Geisteshelden“ habe ich Adam Smith herausgegeben. Der Name des großen Schotten ist jedem Zeitungsleser bekannt, und die meisten wissen wohl auch von ihm zu sagen, daß er der Begründer der nationalökonomischen Wissenschaft und der Vater des Freihandels sei, aber nicht mehr, und diese zwei vermeintlichen Tatsachen ergeben nicht bloß ein sehr kümmerliches, sondern geradezu ein unrichtiges Bild von dem Manne, was bei der hohen Autorität, die er genießt, seine praktischen Nachteile hat. Darum wird die Darstellung des Hauptinhalts seines Wealth of Nations in einem populären Buche vielen willkommen sein, denn ihn sich aus gelehrten Büchern und Werken zusammensuchen, ist doch nicht jedermanns Sache. Meine Kritik des Wealth können ja die, denen sie nicht zusagt, überschlagen. Außer dem, woran man bei Smiths Namen zuerst denkt, bietet mein Buch den Lesern dreierlei Neues, das hoffentlich nicht uninteressant gefunden werden wird. Das erste ist: die erste deutsche Biographie Smiths. Was bisher vorhanden

war, das waren Bruchstücke, deren Lücken mit Vermutungen und Phantasien ausgefüllt wurden. Erst 1895 hat John Rae eine urkundliche Biographie Smiths herausgegeben, die uns in den Stand setzt, den Lebensgang des Mannes fast Jahr für Jahr zu verfolgen, und die ihn im Zusammenhange mit seiner Zeit und ihren bedeutenden Persönlichkeiten zeigt. Von diesem Werke habe ich einen Auszug gegeben. Das zweite Neue ist eine Inhaltsangabe von Smiths Theorie der moralischen Empfindungen. Eine solche gibt zwar auch Hasbach in seinen „Untersuchungen über Adam Smith,“ aber das ist ein gelehrtes Werk, in dessen Lektüre sich der Kaufmann, der Gutsbesitzer, der Rentner, ein Student, der nicht die Staatswissenschaften zum Fachstudium gewählt hat, kaum einlassen wird. Drittens bekommen die Leser eine Übersicht über die kleinern philosophischen Aufsätze Smiths, die zwar als Beiträge zu den behandelten Wissensgebieten wenig Wert haben, aber die Universalität des Geistes des Verfassers offenbaren und beweisen, daß wir in seinem berühmten Hauptwerke nur einen ausgearbeiteten Bruchteil des das Universum umfassenden Ganzen vor uns haben, das in seinem Geiste fertig dastand. Auch Hasbach hat sie unbeachtet gelassen. Professor August Duden findet meine Vorwortbemerkung: „Dieses Büchlein zeigt den wirklichen und den ganzen Smith“ ziemlich ruhmredig. Sie enthält aber schlichte Wahrheit, und da diese Wahrheit keinen Anspruch auf Ruhm begründet, so war es nicht ruhmredig, sie auszusprechen. Wäre ein anderer Autor auf den Gedanken verfallen oder von einem Verleger angeregt worden, ein populäres Buch über Adam Smith zu schreiben, und zwar nach 1895, so würde er dasselbe geleistet haben; daß es nicht geschehn ist, war ein für mich glücklicher Zufall. Meine Aufgabe nötigte mich, den ganzen Smith darzustellen, und daß ich den wirklichen dargestellt habe, gibt Duden selbst zu. Er hat mein Buch mit dem zu derselben Zeit erschienenen von Francis W. Hirst zusammengenommen und schließt seine Rezension mit den Worten: „Rückblickend können wir sagen, daß der deutsche Autor uns zwar ein richtigeres Gesamtbild seines »Geisteshelden« liefert, wogegen die Durchführung sehr zu wünschen übrig läßt. Der Engländer umgekehrt gibt uns eine sorgfältig ausgearbeitete Studie; nur schade, das Bild ist nicht ähnlich.“ Da will ich doch lieber ein ähnliches Porträt malen als ein unähnliches, auf dem alle Sommerprossen des Originals zu sehen sind, besonders wenn diese Sommerprossen erst von der „Kontroverse“ hineingesezt worden sind. Duden wirft mir nämlich vor, daß mir „die vielfachen Kontroversen, die im letzten Jahrzehnt über Adam Smith in der Wissenschaft aufgekommen sind, fremd geblieben“ seien. Diese Kontroversen sind mir ungeheuer gleichgiltig, und hätte ich von ihnen etwas erfahren, so würde ich sie grundsätzlich ungelesen gelassen haben. Wenn man nicht eine gelehrte Dissertation schreiben, sondern ein Bildnis schaffen will, muß man sich den Mann selbst ansehen und sich nicht durch das Tausenderlei verwirrt machen lassen, was die streitenden Gelehrten über ihn schreiben. Die Lectures on Justice usw. (ein 1763 nachgeschriebenes Kollegienheft) würde ich allerdings benutzt haben, wenn ich gewußt hätte, daß sie 1896 veröffentlicht worden sind (wenn man in einer verlorenen Ecke einsam lebt, kann einem so etwas passieren). Aber ich glaube nicht, daß mir die Kenntnis dieser Nachschrift eines Studenten wichtige Offenbarungen gebracht hätte, da Smith das Beste von dem, was er den Studenten vorgetragen hatte, und was er für haltbar daran hielt, in sein Werk aufgenommen hat.

Karl Jentsch

Anschauungsmittel für vorgeschichtliche Volkskunde. Paul Benndorf, dessen kleines Lehrbuch der Sächsischen Volkskunde wir früher in den Grenzboten angezeigt und empfohlen haben, hat jetzt bei Brandstetter in Leipzig „Vier Tafeln vorgeschichtlicher Gegenstände aus Mitteldeutschland“ in großem Querformat, mit erläuterndem Text auf jeder Tafel, herausgegeben. Jede Tafel kostet 4,50 Mark. Sie sind zunächst für Schulen bestimmt und werden bei dem Interesse, das man

jetzt an der Ausgrabung prähistorischer Funde nimmt, auch Altertumsvereinen und einzelnen Liebhabern gute Dienste leisten können. Die Abbildungen sind nach Originalphotographien in Lichtdruck mit farbigem Überdruck deutlich und schön hergestellt, sodaß die charakteristisch ausgewählten Gefäße, Waffen, Werkzeuge, Schmuckgegenstände und Münzen die Originalanschauung ersetzen und zur Bestimmung neugefundener Gegenstände auch weniger erfahrenen Jüngern dieser analphabeten Wissenschaft, zugleich mit den geschickt abgefaßten Texterklärungen, als Leitfaden dienen können. Die erste Tafel enthält die Stein-, die zweite die Bronzezeit, die dritte die Stein- und Bronzezeit, die vierte die Hallstadt- und La Tèneperiode nebst einigen Gegenständen aus der Zeit der römischen Kaiser (wo die Auswahl natürlich nur sehr knapp sein konnte) und der Völkerwanderung. Daß hier unter anderm auch ein wirklicher Einsteckkamm dargeboten ist, wird hoffentlich niemand zu der Vorstellung verleiten, als hätten sich unsre Vorfahren erst auf der Wanderschaft das Frisieren angewöhnt.



Herausgegeben von Johannes Grunow in Leipzig

Verlag von Fr. Wilh. Grunow in Leipzig — Druck von Karl Marquart in Leipzig

Alle für die Grenzboten bestimmten Aufsätze und Zuschriften wolle man an den Verleger persönlich richten (J. Grunow, Firma: Fr. Wilh. Grunow, Inselstraße 20).

Die Manuskripte werden deutlich und sauber und nur auf die eine Seite des Papiers geschrieben mit breitem Rande erbeten.



Forman gegen Schnupfen

DOSE 30 Pfg.

Ärztlicherseits vielfach als ideales
Schnupfenmittel bezeichnet.
Wirkung frappant. In allen Apotheken.